



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 645.7
Abo-Nr.: 1073485
Seite: 10
Fläche: 21'008 mm²

Einspruch Flughäfen unter Druck

Von Paul Kurrus*

2008 haben sich der damalige Schweizer Bundespräsident Pascal Couchepin und Bundeskanzlerin Angela Merkel geeinigt, dass der Fluglärmkonflikt zwischen der Schweiz und Deutschland auf der Basis einer gemeinsam durchgeführten Belastungsanalyse gelöst werden soll. Die Resultate bestätigen, dass in Deutschland keine Grenzwerte überschritten werden. Trotzdem lässt Deutschland keine Spur von Verhandlungsbereitschaft erkennen. Missbrauch von Landesgrenzen beim Fluglärmmanagement belastet die Luftfahrt zunehmend. So gerät auch der Flughafen Salzburg unter Druck deutscher Lokalpolitiker. Aber auch die Umwelt leidet. So machen einseitige deutsche Überflugbeschränkungen beim Flughafen Zürich wegen längeren Flugwegen Fortschritte beim CO₂-Ausstoss der neuen A-330-Flugzeuge der Swiss wieder zunichte. Ungeachtet der Lärmanalyse sowie der Tatsache, dass nur vier Prozent des Fluglärms von Zürich über Deutschland anfällt, fordern süddeutsche Politiker und Bürgerinitiativen, entgegen Merkels Vereinbarung mit der Schweiz, eine Senkung der Zahl der Anflüge über Süddeutschland. Angesichts der drastischen Reduktion des Fluglärmteppichs in Zürich um zwei Drittel in den letzten

20 Jahren und zu erwartender Fortschritte bei der Lärmbekämpfung ist die lokalpolitische Haltung für mich nicht nachvollziehbar. Umso mehr, wenn man bedenkt, dass in München und Frankfurt nächtliche Bewegungsbeschränkungen durch Lärmbeschränkungen ersetzt wurden.

Deutschlands kompromisslose Haltung wird freilich auch dort zunehmend kritisch beurteilt. So fordert etwa der Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein Bodensee, Vertreter von über 35 000 Unternehmen, eine baldige Lösung des Konfliktes auf der Basis des **Der Missbrauch von Landesgrenzen beim Fluglärmmanagement belastet die Luftfahrt zunehmend.**

Lärms: «Lärm rechnet sich nun mal in Dezibel und nicht in Bewegungen.» Auch der neue Geschäftsführer des Bundes der deutschen Luftverkehrswirtschaft fordert eine schnelle Lösung des Konfliktes nach Massgabe der Regierungsvereinbarung von 2008. Schliesslich erhalte ich Signale aus der süddeutschen Bevölkerung, die eine andere Wahrnehmung des Konflikts haben als gewisse Lokalpolitiker.

Während eines Besuches von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer im süddeutschen Blumberg befragte ich nach dem Anlass mehrere Einwohner nach deren Haltung zum Fluglärm. Von keiner dieser Personen wurde der Fluglärm als störend empfunden. Entsprechend sind die besonnenen Äusserungen des CDU/CSU-Fraktionschefs Volker Kauder vom 22. August in Zürich zu begrüssen. Auf die Frage, ob für ihn die Zahl der Anflüge oder die effektive Lärmbelastung massgebend sei, antwortete er: «Es kommt auf die Lärmbelastung an.»

Angesichts der herausragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Luftfahrt sind die Landesregierungen gut beraten, wenn sie bei der Luftfahrt eine stärkere Führungsrolle übernehmen und diese aus der Blockade von Lokalpolitikern befreien. Im Fall Zürich ist aufgrund der durchgeführten Lärmbelastungsanalyse möglichst schnell eine Lösung zu finden, welche Lokalinteressen – unabhängig von Landesgrenzen – angemessen berücksichtigt und die den Flughafen Zürich im Wettbewerb nicht benachteiligt.

* Paul Kurrus ist Präsident von Aerosuisse, Dachverband der schweizerischen Luft- und Raumfahrt.